

## **„Politische Bildung vor den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen“**

**von Dr. Caroline Hornstein-Tomic**

1. Juli 2016 um 18 Uhr im Schwörhof

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Zieger,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Honoratioren,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn Sie in diesen Tagen und Wochen in die Zeitungen schauen – in die Eßlinger oder in die Stuttgarter Zeitung oder wie ich als Heidelbergerin in die Rhein-Neckar-Zeitung – oder auch in überregionale oder internationale Medien – werden sie auf immer dieselben Themen stoßen.

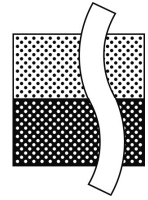
Als Europäer fragen wir uns natürlich, wer die Europameisterschaft gewinnt, aber vor allem doch: Wie steht es um die Zukunft der Europäischen Union? Wie geht es weiter nach dem Brexit? Folgen noch andere Staaten? Was können wir tun, um Europa wieder attraktiver zu machen? Wie kommt es zu diesem Verlust an Zustimmung zum europäischen Projekt, diesem einzigartigen Friedens- und Einigungsprozess?

Uns alle bewegt die bleibend hohe Zahl der nach Europa und vor allem der nach Deutschland Flüchtenden aus den Krisenregionen der Welt. Als Zufluchts- und Exilland hat sich Deutschland mit der Aufnahme Hunderttausender einer enormen Herausforderung gestellt. Wird es gelingen, die Integration der Zuflucht Suchenden auf lokaler, auf nationaler, aber auch auf übernationaler, ja europäischer Ebene zu leisten?

Dann treibt uns die Angst vor dem Terror um, der seit den Anschlägen von Brüssel, Paris und immer wieder Istanbul zur allgegenwärtigen Bedrohung geworden ist.

Der rasante Aufstieg populistischer Parteien in Deutschland und anderswo ist außerdem ein unheimliches, ein beunruhigendes Zeichen der Zeit. Die drastische Zunahme rechtsextremistischer Gewalt ist zutiefst besorgniserregend.

So steht heute dringend wie eh und je die Frage im Raum: Wie gestalten wir als Bürgerinnen und als Bürger unser Gemeinwesen? Wie bringen wir uns in demokratische Entscheidungsprozesse ein? Und wie erreichen wir diejenigen, die sich nicht mehr aktiv für Politik interessieren – oder es noch nie getan haben?



Diesen Herausforderungen und Problemen, meine Damen und Herren, müssen „Wir“ uns stellen. Europa, unsere Demokratie, der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, geht uns alle etwas an.

## **Politische Bildung in Deutschland**

Wenn ich von „Wir“ spreche, dann meine ich also jeden Einzelnen von uns. Aber ich meine auch die Einrichtungen, in denen wir uns engagieren – so auch die der politischen Bildung. Erlauben Sie mir einen kleinen Ausflug in die Welt der staatlichen und der nichtstaatlichen politischen Bildung:

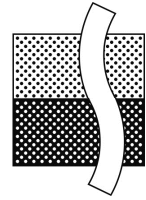
Wir haben hier in Deutschland ein bundesweit verzweigtes Netz, das in Europa seinesgleichen sucht. Politische Bildung gibt es in der Schule, der Volkshochschule, der Bundeswehr. Neben meiner Organisation, der Bundeszentrale für politische Bildung – kurz bpb – gibt es in jedem Bundesland eine Landeszentrale für politische Bildung. Wir haben ja auch eine in Baden-Württemberg. Und schließlich die unzähligen Träger der politischen Erwachsenenbildung, Vereine und Verbände oder Bildungsstätten wie z.B. die katholischen oder evangelischen Akademien – etwa die evangelische Akademie in Bad Boll – sie alle leisten zusammen einen unschätzbaren Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Deutschland.

Wir alle – die staatlichen wie nichtstaatlichen politischen Bildner – sind uns in folgendem einig:

1. politische Bildung darf nicht Propaganda sein – oder gar indoktrinieren! – Das ist ja schon fast ein Gemeinplatz.
2. Sie muss unterschiedliche Positionen aufzeigen, also Kontroverse, Streit, und Diskussion ermöglichen; sie darf nicht darauf aus sein, den Konsens zu erzwingen. Und es kann auch nicht darum gehen, dass man den Diskurs nur mit seinesgleichen pflegt. Nein, wir müssen gerade auch mit denen sprechen, die anders denken!
3. Und es geht in der politischen Bildung darum, zu einer Haltung zu finden, von der aus ich mich einbringen und das gesellschaftliche Leben aktiv mitgestalten kann.

Diese drei Überlegungen prägen seit vielen Jahren unsere Arbeit. Sie wurden im Übrigen nicht weit von hier, in Beutelsbach, auf einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg formuliert – und zwar im Jahr 1976 als sogenannter „Beutelsbacher Konsens“.

Seitdem weiß jeder politische Bildner in ganz Deutschland, und selbst im fernen Bonn oder im noch ferneren Berlin, wo der Stadtteil Beutelsbach der Großen Kreisstadt Weinstadt im Rems-



Murr-Kreis liegt - so gesehen leistet die politische Bildung auch einen kleinen Beitrag zur Landeskunde.

## **Die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie alle kennen wohl mindestens eines von drei Angebotsklassikern der Bundeszentrale für politische Bildung.

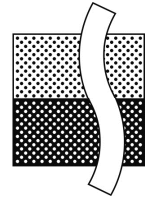
Das erste sind die sogenannten schwarzen Hefte. Ich möchte wetten, dass viele von Ihnen in der Schule die „Informationen zur politischen Bildung“ im DinA4-Format in der Hand hatten. Sie sind so alt wie die bpb und vielleicht bekannter als die Institution selbst. Die "Informationen zur politischen Bildung" sind vorrangig für den Unterricht an Schulen bestimmt. Daher orientiert sich ihre Themenwahl an den Richtlinien der Kultusministerien. Neben Länderkunde widmen sie sich historischen Prozessen und sozialkundlichen sowie aktuellen politischen Themen. Wir verschicken Sie an viele Schulen in Deutschland und manche erreichen eine Auflage von einer Millionen Exemplaren.

Dann kennen als zweites sicher viele von Ihnen den „Wahl-O-Mat“. Laut Duden ist der Wahl-O-Mat ein „elektronisches Programm, mit dem man seine Übereinstimmung mit politischen Parteien testen kann.“ Und genau das ist die Idee: Online-Nutzer können die unterschiedlichen Positionen der zur Wahl zugelassenen Parteien mit ihren eigenen Einstellungen vergleichen. Besonders junge und Erst-Wähler werden mit diesem Tool zum Gang an die Urne motiviert.

2013 eröffnete Stefan Raab das Kanzlerduell mit folgender Frage an Angela Merkel: "Seit dieser Woche ist der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung wieder online. Wenn Sie den Wahl-O-Mat ehrlich ausfüllen, sind Sie sicher, dass da unten CDU rauskommt und nicht etwa SPD?" In der Stunde nach Raabs Hinweis verzeichnete die bpb 7,4 Millionen Internetaufrufe für das Angebot; der Server war kurzzeitig lahmgelegt. Zur Bundestagswahl 2013 wurde der Wahl-O-Mat schlussendlich über 13 Millionen (13.274.203) Mal genutzt. Bei der letzten Landtagswahl in Baden Württemberg kamen wir immerhin auf 1,8 Millionen Zugriffe.

Der Wahl-O-Mat hat sich zu unserem bekanntesten Online-Angebot entwickelt, und er hat sich zu einer festen Größe für politische Information im Vorfeld von Wahlen etabliert – im September 2013 war dies die beliebteste Informationsseite über Politik im Internet.

Das dritte Angebot kennen fast alle Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – und Sie können es kostenlos von uns bekommen: das Grundgesetz!



Vielleicht weniger bekannt, doch nicht weniger wichtig ist unser Comic HanisauLand, der Kindern Politik erklärt. Und auf unserer Online-Seite [www.bpb.de](http://www.bpb.de) finden Sie Hintergrundinformationen, Dossiers, Analysen, Debatten zu zahllosen geschichtlichen, gesellschaftlichen und politischen Themen. Wir bieten Ihnen außerdem Lizenzausgaben politischer Fachbücher zu niedrigsten Preisen – kaum eines dieser Bücher „kostet“ über 7,- Euro. Wir geben ein Jugendmagazin, den „fluter“ heraus, eine Fachzeitschrift („Aus Politik und Zeitgeschichte“) – so viel nur zu unseren Print und Multimedia-Produkten.

Die bpb organisiert aber auch Studienreisen nach Israel, oder nach Osteuropa. Und über das Jahr reiht sich eine Veranstaltung an die andere, die wir oft in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Trägern, mit Institutionen, oder wissenschaftlichen Einrichtungen organisieren.

## Herausforderungen

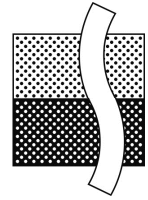
Nun aber zu den aktuellen Herausforderungen, vor denen wir als politische Bildner stehen. Ich möchte fünf Themen herausnehmen, die uns besonders bewegen – und skizzieren, wie wir sie anpacken:

**Erstens: Die in jüngster Zeit nach Deutschland Geflüchteten müssen nicht nur physisch ankommen können, sondern auch geistig und sozial. Was heißt das für die politische Bildung? Wir müssen Zugänge zu Bildungsangeboten schaffen und Orientierungshilfen geben.**

Klar ist: Die aktuelle Lage fordert von allen Beteiligten schnelles und flexibles Handeln. Viele Ehren- und Hauptamtliche, die sich hier engagieren, und vor allem die Willkommensklassen werden von uns mit Material versorgt. In diesen „Sofortangeboten“ ist Praxisnähe entscheidend, mehrsprachige Angebote sind gefragt, die Basisinformationen und Orientierungswissen über Politik und Gesellschaft in Deutschland bieten (Themenseite „Flucht & Asyl“). Und wir haben es immer mit vielen verschiedenen Zielgruppen zu tun:

- Ein Online-Debatten-Schwerpunkt „Kommunale Flüchtlingspolitik“ bietet Faktenchecks, und Einblicke in die Arbeit auf lokaler Ebene, sowie in einzelne Fluchtschicksale;
- Jugendliche finden Hintergründe und Informationen in der Ausgabe „Flucht“ des Magazins „fluter“;
- für Kinder haben wir das Thema in unserer Comic-Reihe „HanisauLand“ aufbereitet;
- der „Refugee Guide“ ist eine Infobroschüre in vielen Sprachen, die für und mit Flüchtlingen entwickelt worden ist.

# STADT ESSLINGEN AM NECKAR



- Die Grundrechte haben wir auf einem großen illustrierten Plakat (DIN A0) auf Deutsch, Englisch und Arabisch dargestellt, das stark nachgefragt wird und in vielen Flüchtlingsheimen hängt.

Zudem fördern wir zahlreiche Modellprojekte und last but not least ist das Grundgesetz auch in einer arabischen Version digital und im Print erhältlich – die ersten 20.000 Printexemplare waren nach wenigen Tagen vergriffen.

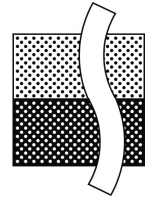
**Zweitens: es gibt wohl kaum ein Thema, das die Menschen gegenwärtig derart umtreibt wie das Thema Zuwanderung und die damit verbundene kulturelle Diversität.**

Es ist ja klar, dass mit der Globalisierung, und mit der Ausdehnung vieler Lebensbereiche und Politikfelder über nationale Grenzen hinweg Migration und Mobilität globaler Alltag sind. Menschen kommunizieren und handeln, ja, leben über Grenzen hinweg, Gesellschaften sind miteinander verflochten, das sehen wir ja gerade in Europa.

Nicht wenigen Menschen macht das Angst, sie sehen sich durch diese faktische Entgrenzung ihres Ankers beraubt, finden sich in dieser Welt nicht so einfach zurecht. Sie klagen Übersichtlichkeit ein, fordern Abgrenzung und Vorrechte, sehen in Diversität vor allem Konflikte und begegnen kultureller Vielfalt daher mit großem Misstrauen. Sie glauben tatsächlich, dass Nationen und Kulturen besser getrennt voneinander leben. Solche Ideale sind oft nur einen Steinwurf von rassistischem Denken entfernt, der Abwertung also von „anderen“ und fremden Personengruppen – aktuell sind hier vor allem die Flüchtlinge das Ziel.

Die Eindeutigkeitsangebote von Rechtspopulisten, die eine idealisierte Welt von Gestern beschwören, sprechen die Verängstigten an – und all jene, die sich Gehör verschaffen und „denen da oben“ einen Denkkzettel verpassen wollen. Europaweit beobachten wir eine massive Entfremdung dieser Protest-Wählergruppen vom demokratischen politischen System und seiner Repräsentanten. Die Komplexität der heutigen Welt, der wir uns stellen müssen, wird von Ihnen nicht als zu meisternde Herausforderung angenommen, sondern oft rundheraus abgelehnt; für Anstrengungen, auch Zumutungen, die ja nicht einfach zu leugnen sind, klagen sie die vermeintlich unfähigen oder untätigen Eliten an. Sie sind an allem schuld.

Was können wir tun, damit diese Menschen nicht den simplen Lesarten populistischer Stimmungsmache folgen? Wie können wir die Skepsis gegenüber gesellschaftlichen Gegenentwürfen fördern, die unsere Grundwerte der Gleichheit und Menschenwürde kompromittieren? Wie können wir die Polarisierung und drohende Spaltung unserer Gesellschaft verhindern und Menschen zurückgewinnen, die sich „abgehängt“ fühlen?



Für die politische Bildung ergibt sich daraus eine anspruchsvolle Aufgabe: Wir müssen in den "kommunikativen Nahkampf" gehen (so Werner Patzelt auf der Populismustagung in Kassel), müssen Argumente austauschen. Denn Populisten greifen ja Themen und Fragen auf, derer wir uns in der Tat annehmen müssen – Fragen, auf die es aber eben keine einfachen Antworten gibt.

Demokratie heißt ja gerade, Kontroversen auszutragen, Einspruch zu erheben, zu widersprechen, und Widersprüche auszuhalten; das heißt, Meinungs-Vielfalt anzuerkennen und zu repräsentieren. Wir müssen so unsere Demokratie immer wieder schaffen, und wir müssen sie verteidigen. Die politische Bildung hat dabei auf Prinzipien und Normen zu bestehen, die nicht unterschritten werden dürfen. Sie stehen im Grundgesetz.

**Und hier schließt sich unmittelbar Drittens an: die Auseinandersetzung mit den verschiedenen Formen von Extremismus.**

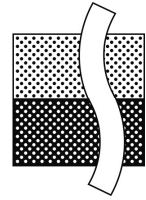
Wir haben die ständige Aufgabe, demokratiefeindliche Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft zu identifizieren, sie zur Diskussion zu stellen, ihre Träger und Akteure in den Blick zu nehmen. Viele Instanzen und Institutionen sind hier aufgefordert. Sicher ist, dass die politische Bildung als eine von ihnen in der Begegnung mit Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und seit einiger Zeit dem Salafismus sich noch breiter aufstellen muss. Das heißt auch, dass wir einige Zielgruppen, seien es Migranten, seien es bildungsbenachteiligte junge Menschen oder Familien, oder seien es Senioren effektiver erreichen müssen. (Denken wir nur daran, wer am Referendum für den Brexit teilgenommen hat.)

Nicht wenige Menschen sind heute noch zu wenig von uns berücksichtigt. Vor dem Hintergrund des Erstarkens auf der einen Seite von religiösem Radikalismus wie etwa dem Salafismus, auf der anderen Seite von rechtsradikalem Gedankengut, müssen wir gerade Jugendlicher noch besser erreichen – und sei es im Netz und den sozialen Medien. Und auch linke Militanz kann eine demokratische Gesellschaft nicht hinnehmen.

**Der Verzicht auf Gewalt in der politischen Auseinandersetzung ist Grundvoraussetzung für ein demokratisches Miteinander.**

Zwei Beispiele möchte ich hier aus unserer Arbeit anführen. Zum einen hat die bpb hat 2013/2014 mit großem öffentlichem Echo die Kampagne „Youtuber gegen Nazis“ lanciert. Ziel der Kampagne war damals die Deradikalisierung rechtsextremistisch eingestellter Jugendlicher. Medien wie Youtube, soziale Netzwerke und Kurznachrichtendienste sind ein relativ neues Feld, auf dem politische Bildung ihre Innovationsfähigkeit zeigt. Radikalismus ist ein heißes Eisen, das wir mit Online-Angeboten für Jugendliche, die als radikalierungsgefährdet gelten,

# STADT ESSLINGEN AM NECKAR



anfassen können und müssen – und sei es mit „Beauty statt Bomben“, wie die FAZ ein Youtube-Projekt zur Prävention von Islamismus, beschrieb.

Wir kooperieren hier mit Youtube Stars – darunter eben auch mit der Lifestyle-YouTuberin Hatice Schmidt oder mit LeFlooid und MrWissen2go. Alle drei genießen bei Jugendlichen hohe Popularität und Glaubwürdigkeit. Das ist ein Peer-to-Peer-Ansatz der besten Sorte: In dem Projekt „Begriffswelten Islam“ nehmen die drei in animierten Informationsfilmen, durch Expertengespräche und eigene Beiträge Schwarz-und-Weiß-Interpretationen des Islam auseinander und zeichnen ein komplexeres, differenzierteres Bild. Sie regen damit zum Nachdenken über fundamentalistische und andere stereotype Islam-Auslegungen an. Nah an der Lebenswelt der Jugendlichen werden also alternative und pluralistische Deutungen angeboten, die ihre Adressaten motivieren und befähigen, mündig, kritisch und aktiv an Debatten über den Islam teilzunehmen, sich also eine eigene Meinung zu bilden.

Wichtig ist: Jugendliche müssen früh angesprochen werden, noch bevor Radikalisierungsprozesse einsetzen können. Das aber heißt, dass ihr Alltag, und auch ihre Religion und Kultur, thematisiert werden müssen. Und das war viel zu lange nicht der Fall.

Noch einmal: Politische Bildung versteht sich hier als Disziplin, die Aufklärung, Orientierungswissen und alternative Deutungen vermittelt – und die nicht als „Gegenpropaganda“ missverstanden werden sollte.

**Ein viertes brennendes Thema der letzten Jahre – und denken Sie hier nur an die Entscheidung der Briten am letzten Donnerstag – ist die Krise der Europäischen Union.**

Europa befindet sich in einer Legitimationskrise. Nicht nur die Briten, auch viele Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in unseren Nachbarländern zweifeln an der EU – wenn auch nicht immer aus denselben Gründen.

Hier sehen wir uns aufgerufen, die ja eher national orientierte Disziplin der politischen Bildung selbst zu „entgrenzen“, d.h. über den nationalen Tellerrand zu gucken, und die Perspektive der Nachbarn stärker in den Blick zu rücken. In europäischen Netzwerken arbeiten wir an gemeinsamen Projekten und Bildungsformaten, die multiperspektivisch sind und länderübergreifend realisiert werden.

Wir haben ein mehrsprachiges Internetportal für aktuelle Diskussionen in Europa entwickelt, das [eurotopics.net](http://eurotopics.net) heißt. Hier finden sie täglich eine internationale Presseschau. Unser Onlineportal bildet Debatten wie etwa zur Schulden- und Finanzkrise ab und bereitet die unterschiedlichen nationalen Positionen mit umfassenden Hintergrundinformationen auf. Wir



finden nur so kann es gehen: die kontroversen Positionen zur EU sind darzustellen und zur Diskussion zu stellen – nur im übernationalen, im europäischen Gespräch können die Europäer zu einer Einigung finden.

Wir haben junge Bürgerinnen und Bürger dazu weiterqualifiziert, Gleichaltrigen, die EU und ihre Funktionsweise näher zu bringen. Das sind die „Young European Professionals“ (kurz: YEP), rund 50 aktive „Multiplikatoren“, die Sie gerne einmal zu sich in die Schule, die Volkshochschule oder Jugendgruppe einladen können, zur Diskussion auf Augenhöhe:

Ist Herr Junker der Chef von Frau Merkel? Was hat Herr Junker mir zu sagen? Warum darf ich nur bis 22 Uhr arbeiten? Kann ich nach der zehnten Klasse ein Jahr nach England in die Schule? Wie kann ich einen Freiwilligendienst im Ausland machen?

Europa ist, so zumindest mein Eindruck der letzten Wochen, spannender denn je – mit dem Brexit wird auch die EU wieder breit diskutiert. Zurzeit klingelt unser Bürgertelefon Sturm. Wir erhalten ständig Fragen über die Grundlagen der EU, ihren Aufbau, ihre Funktionsweise, aber auch über die Konsequenzen des „Brexits“. Es besteht ein gewaltiger Informationsbedarf – diesen gilt es mit seriösen, und eben auch mit Informationen zu begegnen, die verschiedene Sichtweisen berücksichtigen.

**Fünftens: Menschen wollen heute als Teilhaberinnen und Teilhaber einer Bürgergesellschaft Gehör finden und mitsprechen – oder kurz formuliert: Sie wollen teilnehmen, teilhaben und mitbestimmen.**

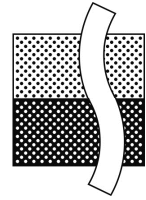
Ich denke, dieses Thema muss ich in Baden Württemberg nicht weiter ausführen. Gerade die Tradition des Schwörtags hier in Esslingen steht für das Prinzip der Teilhabe: es geht um die Bürgerinnen und Bürger und ihre Verantwortung für die lokale Gemeinschaft!

Nun beteiligen sich aber meist diejenigen, die sozial besonders gut integriert und gebildet sind. Bildungsbenachteiligte sind oft weniger stark in politische Partizipationsprozesse involviert. Hier liegt eine weitere, große Herausforderung für die politische Bildung: Wir brauchen niedrigschwellige Formate und Angebote für verschiedene Wissensniveaus für Bildungsbenachteiligte. Das Ziel sollten v.a. Dialogformate sein, die Bürgerinnen und Bürger in den Bildungsprozess mit einbeziehen – Mitmachangebote, Mitgestaltungsangebote.

Und nach ein Aspekt: In unserer Gesellschaft beobachten wir ja schon seit langem die zunehmende Individualisierung: „große Politik“ ist uninteressant, jeder kümmert sich zunächst um sich und höchstens noch die seinen, politische Teilhabe geht zurück. Und wenn schon



# STADT ESSLINGEN AM NECKAR



Beteiligung, dann soll diese auch unmittelbar erfahrbare Folgen haben. Das ist eine sehr hohe – und eine ungeduldige – Erwartungshaltung.

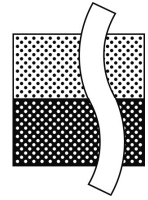
Wir müssen alles tun, um gerade auch die erodierende Mitte zu stärken, ihr Augenmaß, und sie immunisieren gegen undemokratische Versuchungen und Verführungen. Denn: Unsere Bündnispartner stammen meistens aus der Mitte der Zivilgesellschaft! Den Vorwurf, wir bepriestern ohnehin nur die bereits Eingeweihten, halte ich in diesem Kontext gerne aus. (Auch wenn ein bisschen was dran ist.)

Jede Bürgerin und jeder Bürger braucht vor dem Hintergrund der Individualisierungs- und der Pluralisierungsprozesse echte Sichtbarkeit, und Mitbestimmung, und damit vielfältige Möglichkeiten zur Partizipation. Wir müssen außerdem uns um eine Sprache bemühen, die nicht leere Rhetorik ist, oder in grobe Vereinfachung komplexer Sachverhalte verfällt. Wir brauchen den regen Austausch und Dialog mit Argumenten und Ideen. Mittels Bürgerbeteiligungsinstrumenten kann eine Zivilgesellschaft initiiert werden, die sich in Bottom-Up-Prozessen engagiert. Diese Tradition des Schwörtages zeigt mir, dass man hier in Esslingen solche Prozesse sehr ernst nimmt.

Die bpb hat sich in den vergangenen Jahren immer stärker dem direkten Dialog geöffnet, sei es auf Veranstaltungen, unserer Homepage oder in den Sozialen Medien, bei Twitter oder Facebook. An einer Reihe unserer Angebote können und sollen unserer Nutzerinnen und Nutzer aktiv mitwirken. In diesem Sinne würde ich mich sehr darüber freuen, wenn Sie, – vielleicht noch während ich hier spreche – Fan der bpb werden oder uns auch gerne eine Frage an den Twitter-Account „frag\_die\_bpb“ senden.

In der digitalen Mediengesellschaft hat sich auch der Marktplatz der politischen Bildung verändert. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass uns durch das allgegenwärtige Internet Konkurrenz erwachsen ist: politische Informationen, Einblicke in die politische Praxis sind an vielen Orten zu kriegen, in der Wikipedia, auf Blogs, Facebook-Seiten etc. Und die Gewohnheiten und Ansprüche haben sich gewandelt. Unterhaltung ist eine wichtige Währung in der digitalen Medienwelt geworden. Unter dem Stichwort „Politainment“ hat das auch in die Politik Einzug gehalten. Dieser Unterhaltungsorientierung kann sich die politische Bildung nicht einfach unter Verweis auf das wohlschmeckendere, nährstoffhaltigere Schwarzbrot der politischen Bildung entziehen.

Darüber hinaus haben wir uns zum Ziel gesetzt, fächerübergreifend zu arbeiten. Das bedeutet, dass wir vor allem im Bereich der Extremismusprävention Allianzen im Sportbereich (ZdT) oder mit Bewährungshelferinnen und -helfern schließen. Politische Bildung als Querschnittsaufgabe zu verstehen, bedeutet sich neuen Zielgruppen zu öffnen und diejenigen miteinander zu



vernetzen, die in anderen Institutionen – außerhalb der Schule – in der Präventionsarbeit tätig sind.

## **Lassen Sie mich mit einer Frage enden: Kann politische Bildung gesellschaftspolitische Probleme lösen?**

Von dieser Vorstellung, wenn wir sie denn hegen, müssen wir uns verabschieden. Wie die Politik selbst, so braucht auch die politische Bildung – um doch noch Max Weber zu zitieren – beides: Leidenschaft, und Augenmaß. Und es braucht vor allem eins: Geduld. Und auch die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen. Wir leisten einen Beitrag zur Stärkung der Demokratie, können aber keine Feuer löschen.

Bildungsprozesse, ob politisch oder nicht, sind stets langfristig angelegt. Und genauso wirken sie auch: langfristig. Deshalb: Man kann von politischer Bildung nicht mehr verlangen, als sie leisten kann. Und man muss sie stärken, wo sie etwas leisten kann.

Und dass dies angesichts der oben genannten Herausforderungen nötiger ist denn je, darauf habe ich versucht sie innerhalb der letzten halben Stunde „einzuschwören“.

Ich danke Ihnen sehr für diese Einladung zum heutigen Esslinger Schwörtag!